

Dresdner Neueste Nachrichten

Abdruckpreis: Die 26 mm breite Seite kostet 0,35 Reichsmark, für außerwärts 0,40 Reichsmark. Die Zeitungsabnahme für ein Jahr (12 Hefen) kostet 3,60 Reichsmark. Die Druckgebühr für Buchstaben und Ziffern beträgt 0,30 Reichsmark. Für die Anfertigung von Anzeigen und Inseraten kann eine Gewerbegebühr erhoben werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreis: Bei jeder Bestellung durch 2 R. Markt
Postbank für Monat Dezember 2,00 Reichsmark, für die 12 Hefen 24,00 Reichsmark
monatlich R. 15. Kreuzabhebungen im Inlande wöchentlich 1,05 Reichsmark, nach dem Ausland 1,20 Reichsmark
Einzelnummer 10 R. Pfennig

Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: 14 194, 27 981, 27 982, 27 983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060
Anzeigenannahme ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Zeitraums

Nr. 294 Sonnabend, 17. Dezember 1927 XXXV. Jahrg.

Eine Friedensgeste Mussolinis

Rom zum Ausgleich mit Frankreich bereit - Aussicht auf Erhaltung des Friedens in der Schwerindustrie - Hervorragende amerikanische Senatoren unter Besetzungsverdacht

Der Fall Reudell

Die Arbeitsmethoden eines Reichsinnenministers

Am 17. Dezember 1927, die man an die Gedanken nicht müde wurde, ist der Weihnachtsabend geworden. Man hatte allerdings gute Sorgen an die Verabschiedung der Budgetnovelle auch noch die erste Lesung des Etats. Schließlich hat's dann doch nicht mehr getan. Man hat, sicher nicht zu Unrecht, sich bei der letzten Woche vor dem Fest ein gemütliches Haus nicht mehr zusammenbringen können. Und hat, ein klein wenig, wohl auch das Gefühl, den ganzen Hader aufzuräumen, der der Generalausgabe zum Etat ungerne mitgegangen ist. So hat man sich denn kurzerhand abgedreht und erst nach Neujahr wieder zu den Rechten an diese Debatte heranzugehen, wenn man sich über alle Dinge und noch ein bisschen über die Sache mit der Sozialisten und Kommunisten hätte den Konflikt der republikanisch-verständlichen Eigenart zur Erklärung gestellt. Das wäre aus einem Grunde unheilvoll gewesen und dem parlamentarischen Geist nicht zuzugewandt. Die Verhältnisse hier doch nicht ganz einfach. Es wird von der Schwerindustrie erklärt, Scherzungen und Umstellungen auf dem Arbeitsmarkt zu gleicher Zeit von der Industrie zu fragen seien. Dennoch wird ausgesprochen, daß das von den Unternehmern der Metallherstellung eingeschlagene Verfahren keinen Erfolg erwarten ließe. Dürften sie ihre Kraft wahr gemacht oder hätten sie es noch, so ist, soweit die Arbeitsnehmer angeht, die die Arbeit der Metallarbeiter in der Allgemeinheit zu tun haben. Denn dann würde es sich nicht um eine Ausperrung handeln, bei der wie beim Metallgewerkschaften zu tun hätten, sondern um eine regelrechte Kündigung. Gefährliche aber aber haben nun den verfassungsmäßigen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung. Mitin hätte statt der Gewerkschaften der Staat diesen Kampf um Lohn und Arbeitsplätze zu finanzieren gehabt. Das und noch andere im nämlichen Zusammenhang wäre bei einer unvoreingenommenen Staatsberatung wohl breit und ausgeschrotet worden: wir sehen nicht umsonst ein Jahr in der Wahlkampagne. Nach dem aber ist vermutlich alles beglückt und vorüber eingetreten. Und ein Feuer, das einmal im Jahr so einfach nicht wieder anzufachen ist: einer Etatdebatte in der Weihnachtswoche, nachdem Koffern und mehr oder weniger geheimerlangenden Angehörigen, sind schon die menschlichen Natur gewisse Grenzen gezogen. Man hat in zwei Tagen fertig sein soll, nicht umgelegt, von dem, bei mehr Spielraum, erst werden müßte, daß es doch auch einmal gehen müßte. Und bisweilen bleiben die Menschen und Juristen kämpfern ihre Trümpfe zu bedenken. Das alles kann, wenn man aus dem latenten nach Neujahr wiederkehrt, nicht ändern. Dann mögen den Kerger, dem die Ausgewandenen hoffte, wie alle miteinander glücklich werden.

ohne sich der Wade der Propaganda zu erwehren man schon jetzt behaupten dürfen, daß die Verhandlung der kommenden Staatsprache der parlamentarischen Reudell stehen wird. Weltlich der Reichswehrminister, dem am allermeisten mit der künftigen Hochschulbildung-Konflikte auf den Feld zu rücken sein wird. (Die Schuldigen, sofern von wirklichem Verdacht hier zu reden ist, liegen ganz wo anders.) Der Minister v. Reudell ist ein eigenartiger, fast psychologisch Hall. Ein liebenswürdiger, keineswegs kulturloser Mann von anderen Verfassungen, der, solange er als Minister in Reich und Welt stand, auch bei seinen Gegnern wohlgeachtet war. Und nun, seit einer Aufnahmefähigkeit von ein oder zwei Jahren von seinen Freunden zum Minister bestellt, ist er absoluter Verfallener. Wenn man mit ihm ein Befehlsgewaltiges Opfer zu sein beherrschte misshandelnden parlamentarischen. Herr v. Reudell macht überhört

und ohne über den wichtigsten Punkt, die Kostenfrage, sich auch nur einen Augenblick das Hirn zu zergrübeln, das Schicksal, weil er es „seinem Freunde Mumm versprochen“ hat. Er ist, da der von Parker Gilbert formulierte Finanzminister Kitzinger fordert, zu jedem Verzicht bereit, nur nicht bei den Etatposten, an denen derselbe Freund interessiert ist. Er will den Machtbereich der Technischen Rüstung weit über die verfassungsmäßig zulässige Grenze erweitern, nur weil er einem andern politischen Freund sich verpflichtet glaubt. Werden im Amt Kitzinger, so stellt sich zu einiger Verlegenheit heraus, daß der Herr Minister sie einem dritten oder vierten Freund zur Ansicht und gelegentlichen Meinungsäußerung schickte.

Wieder andre „Vorgänger“ lagern wachen und wachen in der Privatwohnung des Ministers, aus der er sich nur selten zu sein immerhin erlesenen Gästen und schönen Amtsgenossen begibt. Dieser Minister v. Reudell kommt nicht, zu seiner Entscheidung, weil er alles an sich zu reißen wünscht. Und macht von der mit der Parlamentarität leider verbundenen „Kamerasatration“ in einem Ausmaß Gebrauch, die, wenn seine Nachfahren an dem gleichen Platz ein Verfahren sich bedienen, noch wahrhaft verheerend wirken kann. In Herrn v. Reudells Umgebung, der selber so gar kein Starke ist, horchen allerdings starke Männer. In diesen Kreisen mag wohl mit dem ihm verworbenen Plan gespielt worden sein, die Zeit bis zu den Neuwahlen durch Organe mit dem Artikel 48 auszufüllen. Die Sache hat an sich keine Gefahr. Weder die sonst am Ruder befindlichen Minister noch der außerordentlich korrekte und lokale Reichspräsident Hindenburg sind für derlei Wagnisse zu gewinnen. Aber Herr v. Reudell kompromittiert mit alledem seine Partei, der es an besonnenen und ruhig denkenden Leuten keineswegs gebricht. Und er hilft so, der gegenwärtigen Koalition, vielleicht auch seiner Partei draußen im Lande, das Gras zu schäufeln...

Die künftige Regierung, sagt man, wird eine der Großen Koalition sein. Die allgemeine Tendenz scheint in diese Richtung zu gehen. Und sicher, daß man vielerorten auf sie sich einlassen beginnt. Die Deutschnationalen, soweit sie durch den Minister v. Reudell an selber nur zu sichtbar Stelle repräsentiert werden, haben ihre Regierungsunfähigkeit schmerzhaft offenbart. Aber ob deshalb schon die Sozialdemokratie regierungsfähiger wurde? Unter allen Umständen wird man sich vorzusehen haben, daß die Große Koalition nicht etwa sich zu Tode legt. In Braunschweig haben wir den Fall bereits praktisch, der viel bejubelte „Einheitsfront“ ist so ausgedrückt ein Sieg der Sozialdemokratie geworden, daß die Demokraten, um nicht das künftige Rad am Wagen zu spielen, auf die Teilnahme am Landesregiment verzichtet haben. Im Reich zwar bleibt ja immer noch das Zentrum, um ein gewisses Gegengewicht zu sein. Doch auch hier sind Konstellationen denkbar, die die Bildung einer einigermaßen aktionsfähigen Regierung einfach ausschließen. Gerade darum ist das Verlangen der Deutschnationalen so bedauerlich. Sie wollen vor allem die Sache der Bürger und führen und haben vor allem die geschädigt. Für alle die großen Aufgaben, die den kommenden Reichstag zu beschäftigen haben werden Reform und Vereinfachung der Verwaltung, Organisation der Sparanstalt, Auseinanderlegung zwischen Reich und Preußen und Reich und Ländern) hat sie - ihre letzten verfallenden Richtlinien haben es von neuem erwiesen - einfach nicht zu brauchen.

Dr. Stresemann in Königsberg
X. Dezember 1927. Reichsminister des Reichens Dr. Stresemann in heute vormittag in Weizsäcker von Geheimrat Dirksen und Dr. Geide hier eintrafen. Er wurde am Bahnhof von Oberpräsident Sieck, dem Reichspräsidenten, Oberbürgermeister Dr. Schumacher, dem Polizeipräsidenten und den Vorsitzenden der Organisationen der Deutschen Sozialisten empfangen.

Amnestie in Italien

Der Wind aus Rom hat umgeschlagen. Mussolini, der die Welt so oft durch allerlei kriegerisch klingende Rundreden erschreckt, hat gestern eine große Friedenrede gehalten. In dieser Rede kündigte er eine nahe bevorstehende Zusammenkunft mit dem französischen Außenminister an und erklärte, er sei zu einer friedlichen Regelung aller französisch-italienischen Streitigkeiten bereit. Damit hat man am 17. Dezember die von der Seine ausgedrehten Friedenshand angenommen. Es wird nun allerdings - und diesen Punkt betont man in Paris ganz besonders - vor dem Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen abhängen, ob die Konferenz zwischen Mussolini und Briand und damit ein wirklich vernünftiger Ausgleich der französisch-italienischen Gegensätze zustande kommt. Mit bloßen Reden ist es natürlich nicht getan. Aber wenn sie auch nicht, die Rede Briands in der französischen Kammer und die geführte Erklärung Mussolinis haben erst die Basis geschaffen, in der erfolgversprechende Verhandlungen möglich sind. In Paris hat man sich der veränderten politischen Lage gefreut und den Verkauf des Blattes der italienischen Emigranten, des „Corriere degli Italiani“, einem besonderen Wunsch Mussolinis folgend, kurzerhand verboten.

Dafür scheint man in Rom, um den gewissen Wünschen der französischen Linken, auf die sich in Briand in weitestem Maße stützen muß, entgegenzukommen, eine mildere Praxis in der französischen Innenpolitik einführen zu wollen. Diesem Zweck dient die angeführte der römischen Verhältnisse dem nahe sensationell wirkende Anknüpfung des Duce, daß noch in diesem Monat eine weitgehende Amnestie eintreten soll, durch die einem großen Teil der jetzt auf Sipari und andern südtalischen Inseln schmachtenden Verhafteten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht wird.

Unverzüglich ist demgegenüber der Streit, wer von den beiden Staaten zuerst die Initiative ergreifen hat, ob Italien oder Frankreich, ob es Poincaré war, der Briand zu seiner Friedensrede veranlaßte, oder ob der rumänische Gesandte Diamandi in Paris den Preis des christlichen Kollers verdient.

Das Ziel der deutschen Politik ist es, wie bekannt, den allgemeinen Frieden in Europa zu stärken und zu festigen. Deswegen kann der deutschen Außenpolitik eine Abwägung des italienisch-französischen Konfliktes oder seine völlige Beilegung nur recht sein.

Mussolinis Antwort an Briand

Sonderabdruck der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Rom, 16. Dezember. (Durch United Press)
Eine baldige Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini wurde von Mussolini in der gestrigen Kabinetsitzung angekündigt. Mussolini erklärte, daß diese Begegnung stattfinden werde, sobald die vorbereitenden diplomatischen Schritte beendet seien.

Der „Duce“ verbreitete sich dann in längerer Rede über die außenpolitische Lage und erklärte unter anderem zur

Begründung der geplanten Zusammenkunft mit dem französischen Außenminister,

er glaube, daß ein dauerndes, festes freundschaftliches Verhältnis zwischen Italien und Frankreich nicht nur möglich, sondern sogar notwendig sei. Voraussetzung hierfür wäre, daß ein solches Verhältnis nicht auf sentimentalen Gefühlen beruhe, sondern durch Ausmerzungen aller Streitfragen herbeigeführt werde, die Ursache zu Konflikten zwischen beiden Ländern geben könnten. „Es handelt sich hier um Probleme“, fuhr Mussolini fort, „die weder gefährlich noch unlösbar sind und lediglich einer gewissen Delikatesse zu ihrer Lösung bedürfen. Die diplomatischen Schritte, die zur Zeit unternommen werden, bringen und dieser Lösung näher, und nach ihrer Beendigung wird die logische Konsequenz ein Zusammenreffen der beiden verantwortlichen Außenminister zum Zwecke des formalen Abschlusses eines Abkommens sein, das die Freundschaft zwischen Italien und Frankreich festlegt.“ Mussolini kam dann auf den

Vertrag zwischen Jugoslawien und Frankreich zu sprechen und erklärte, daß Italien zwar zur Teilnahme aufgefordert worden sei, daß es aber aus berechtigten Gründen dieser Einladung nicht habe Folge leisten können. Der Vertrag selbst sei sowohl vom internationalen Gesichtspunkt aus, als auch vom Standpunkte des Völkerrechts als vollkommen korrekt zu bezeichnen; seine Auslegung durch verantwortliche und unvoreingenommene Mitglieder der Völkerrechtswissenschaften in der ganzen Welt mit Ausnahme Italiens, das sich nicht darum gekümmert habe, große Enttäuschungen herbeizuführen. Der Premier ging dann zur

Besprechung des Defensivpakt zwischen Italien und Albanien

über und suchte glaubhaft zu machen, daß dieses Abkommen keineswegs (?) als Antwort auf den französisch-jugoslawischen Vertrag aufzufassen sei. Dieser Vertrag verfolge durchaus friedliche Ziele und

sei aus den übereinstimmenden Interessen zweier Nationen hervorgegangen, die als Nachbarn die Rufen ein und desselben Meeres bewohnten. Schließlich wies er auf zwei Tatsachen hin, die trotz aller phantastischen Zeitungsgerüchten für eine baldige Annäherung zwischen Frankreich und Italien sprächen; dies seien auf der einen Seite die außerordentlich freundlich gehaltene Rede Briands in der französischen Kammer und zweitens der Abschluß des Abkommens über die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

Hoffnung für die Verhafteten

Sonderabdruck der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Rom, 16. Dezember. (Durch United Press)

Die Sentation der gestrigen Rede des italienischen Ministerpräsidenten bildet die Erklärung, daß eine umfassende Amnestie für die politischen Verhafteten noch in diesem Monat angeordnet werde. Von den insgesamt 600 Gefangenen, die sich zur Zeit auf den Inseln des Mittelmeeres befinden, sollen 200 freigelassen werden. Alle wegen Verleumdung Mussolinis Verurteilten werden bedingungsweise begnadigt. Diese Nachricht, erklärte der Duce, soll der Welt zeigen, daß der Faschismus, obgleich er sich sehr wohl zu verteidigen weiß, nicht so erbarmungslos gegen seine Feinde vorgeht, wie dies vielleicht anderswo üblich ist.

Das Echo in Paris

Telegramm unseres Korrespondenten

oh. Paris, 16. Dezember

Die Rede Mussolinis über die künftige Entwicklung der italienisch-französischen Beziehungen wird in der französischen Presse vollständig und teilweise im Übersetzungsdruck veröffentlicht. Es scheinen aber den himmlischen Anweisungen erteilt worden zu sein, denn übereinstimmend haben die Blätter aller Parteien die Stelle hervor, in der Mussolini darauf hinweist, daß die diplomatischen Vorarbeiten erst beendet sein müßten, ehe eine Begegnung zwischen den verantwortlichen Ministern stattfinden könne. Es wird in einer offiziellen Note des Quai d'Orsay hervorgehoben, daß Außenminister Briand bereits in seiner Kammerrede vom 10. November die gleiche Meinung zum Ausdruck